

14.07

Abgeordneter Mag. Gerald Loacker (NEOS): Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Hohes Haus! Beamtendienstrechts-Novelle: Na ja, es wird nicht überraschen, dass ich der Meinung bin, der Regierung ist mit dieser Novelle nicht gerade ein großer Wurf gelungen. Es sind ein paar Dinge zurechtgerückt worden, aber es bleiben auch Probleme und Fragen offen.

Beginnen wir mit dem Positiven! Und das ist: Endlich können Menschen mit eingeschränkter Handlungsfähigkeit in den öffentlichen Dienst aufgenommen werden. Das war hoch an der Zeit. Ich habe noch im Ohr, wie die Vorgängerin, Staatssekretärin Steßl, gesagt hat, ja, ja, sie sei eh dafür, aber sie müsse das noch mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst verhandeln. Ich meine, diese Ohnmacht gegenüber der Gewerkschaft öffentlicher Dienst ist an Peinlichkeit schwer zu überbieten.

Was auch noch positiv ist, ist die Einführung eines Teilkrankenstandes für Richter, die nach langer Krankheit in den Dienst zurückkommen. Aber da frage ich mich: Warum kann man diesen Teilkrankenstand nicht *insgesamt* für die Arbeitnehmerschaft einführen? Da ist die Regierung mehr als säumig.

Spannend wird es bei den Dingen, die nicht so toll gelungen sind. Sie wissen nämlich nicht einmal, wie teuer Sie diese Novelle kommt. Es muss ja jetzt die Urlaubersatzleistung neu geregelt werden, und zwar für den Fall, dass ein Beamter aus dem Dienst ausscheidet und noch offene Urlaubsansprüche hat. Da gibt es nämlich ein EuGH-Urteil, das besagt, dass auch anteilig Sonderzahlungen, Zuschüsse und Nebengebühren einzuberechnen sind. Das Finanzministerium hat gemeint, das haben sie einzukalkulieren vergessen. Natürlich, wenn ich so eine Rückstellung bilde, muss ich diese zusätzlichen Kosten auch in die Urlaubsrückstellung, in die finanzielle Vorsorge für diese Kosten aufnehmen, und da haben sie sich um 26 Prozent, nämlich um ungefähr 110 Millionen €, vertan oder sie haben es einfach unter den Tisch fallen lassen. Jedenfalls wird dieser Betrag nicht zurückgestellt und ist in der WFA aus den Kosten ausgeblendet.

Sie wissen offenbar davon nichts, daher bringe ich heute eine Anfrage an alle Ressorts ein, wie viel im Zusammenhang mit der Urlaubsrückstellung bei ihnen durch das neue Gesetz jetzt verschoben wird.

Eine weitere Unsicherheit konnten Sie auch nicht aus dem Weg räumen, das betrifft die Frage der unionsrechtlich korrekten Anrechnung von Vordienstzeiten. Ihre Vorgängerin hat das inhaltlich überhaupt nie verstanden, ich hoffe, es gelingt Ihnen

besser, denn wenn das nicht gelingt, fliegen uns da die Milliardenkosten nur so um die Ohren. Wie man bei den Urlaubersatzleistungen sieht, nimmt man es mit dem Geld ja offensichtlich nicht so genau in diesem Ressort.

Was ich besonders „liebe“ – und deswegen habe ich den Antrag auf Abschaffung der bezahlten Mittagspause im öffentlichen Dienst eingebracht –, sind Sonderrechte: wenn die Beamten Dinge dürfen, die Normalsterbliche nicht dürfen. Im öffentlichen Dienst haben sie Anspruch auf 30 Minuten bezahlte Pause. Da frage ich mich, wie die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dazu kommen, den Beamten und den Vertragsbediensteten im Bund und in acht Bundesländern – nur in Vorarlberg nicht – die Mittagspause von 30 Minuten mitzuzahlen. Im Ausschuss sind wir mit dieser Ansicht allein geblieben, und die liebste Replik war die aus der FPÖ: Ja dann muss man halt die bezahlte Mittagspause auf die Privatwirtschaft ausdehnen! – Das finde ich doch geil! Dann gehen Sie zum Friseur und dürfen dem Friseur die Mittagspause mitzahlen, oder zu Ihnen nach Hause kommt der Elektriker, und Sie dürfen dem Elektriker die Mittagspause mitzahlen.

Ich weiß nicht, ob Sie das zu Ende gedacht haben und ob Sie es den Bürgern wirklich so präsentieren wollen, jedenfalls muss ein Beamter für acht Stunden Gehalt nur siebeneinhalb Stunden arbeiten. (*Abg. Weninger: Du gehst doch auch auf Mittagspause!*) **Das** versteht die Mehrheit der Bevölkerung nicht, und dass Sie das verteidigen, diese Besitzstandsverteidiger Rot und Schwarz mit Grün-, Blau- und Stronach-Verstärkung, halte ich für hochnotpeinlich, und das zeigt, wie dieses Parlament an den Bürgern vorbeiregiert! (*Beifall bei den NEOS.*)

Es sind viel zu viele öffentliche Bedienstete hier in diesem Haus, und das zeigt auch, wie wirklichkeitsfremd die Politik geworden ist. Wir vertreten die, die arbeiten, wir vertreten die, die arbeiten wollen, die Steuern zahlen und die jene Geschenke finanzieren müssen, die Sie Ihrer Klientel machen. (*Beifall bei den NEOS.*)

14.12

Präsident Ing. Norbert Hofer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Wittmann. – Bitte.